

stisch denkenden Kreisen alte Ressentiments gibt. Unter der Führung des Kardinals sei es möglich geworden, so ereiferte sich der Chef der politischen Akademie der ÖVP, daß Sozialisten „wie der verlorene Sohn“ behandelt würden und daß Katholiken Hand in Hand mit Kommunisten und Sozialisten marschierten: „Ein Verschulden dafür trifft sicher auch die Hierarchie, die diese Organisationen zu lang an der langen Leine geführt hat oder, um es theologisch zu sagen: das Lehramt nicht ausgeübt hat.“ Damit meinte Khol offenbar die Haltung einiger Funktionäre der katholischen Jugend, die eine Zeitlang auch in kommunistisch infiltrierten Gremien der österreichischen Friedensbewegung mitarbeiteten, die dies aber gewiß nicht mit Zustimmung des Kardinals unternahmen und die inzwischen von Jugendbischof *Egon Kapellari* zur Raison gerufen wurden.

In kirchlichen Kreisen wird vermerkt, daß diese Attacken, die durch ihre verbale Deftigkeit besonders befremdend wirkten, von einem Politiker stammen, der ein besonderes Nahverhältnis zum ÖVP-Parteiboss *Alois Mock* hat. Von der Öffentlichkeit wurden diese Ausfälle nur am Rande zur Kenntnis genommen. Sie wird von anderen spektakulären Vorgängen in Atem gehalten: Umwelt-

schützer mit dem Nobelpreisträger *Konrad Lorenz* an der Spitze blasen zur Vergatterung gegen ein neues Donaukraftwerk bei Hainburg unweit der ungarischen Grenze, ein Volksbegehren dagegen ist bereits angelaufen. *Jörg Mauthe*, ein Vertrauter des Wiener ÖVP-Obmanns *Erhard Busek*, unterstützt es ebenso wie der Sozialist *Günther Nennung*, der Vorsitzende der österreichischen Journalistengewerkschaft, der seit Jahrzehnten jeden Versuch, gegen die etablierten Mächtigen aufzumucken, unterstützt. Bundeskanzler *Sinowatz* hingegen kündigte an, das Donaukraftwerk Hainburg werde auf jeden Fall gebaut, und auch das seit Jahren fertiggestellte, aber durch Volksabstimmung stillgelegte Atomkraftwerk Zwentendorf solle endlich in Betrieb gehen. *Anton Benya*, der Vorsitzende der mächtigen österreichischen Einheitsgewerkschaft, hat dem Kanzler in dieser Frage seine volle Unterstützung zugesichert und auf dem Wiener Heldenplatz mehr als 40 000 Arbeiter aufmarschieren lassen. Die Auswirkungen der deutschen Streikbewegung auf die Produktion zahlreicher österreichischer Zulieferbetriebe sorgt für den dramatischen Hintergrund dieses Zusammenstoßes zwischen Ökologie und Ökonomie. Damit sind Emotionen freigesetzt, die alle sachlichen Erwägungen überschreien und überdecken.

Fritz Csoklich

Die Hispanics: Eine Minderheit beunruhigt die USA

Sie werden „latinos“ oder „latins“, „hispanos“ oder „hispanics“ genannt und bilden mit fast 20 Millionen die zweitgrößte ethnische Minderheit der USA: in den Vereinigten Staaten lebende und arbeitende Ausländer oder inzwischen naturalisierte US-Bürger lateinamerikanischer Herkunft. Im Jahr der amerikanischen Präsidentschaftswahlen wird den „hispanics“ ein ungewohnt hohes Maß politischer Beachtung zuteil. Demokraten wie Republikaner werben um ihre Stimme vor allem aus einem Grund, der im amerikanischen Wahlsystem liegt: die hispanische Bevölkerung konzentriert sich hauptsächlich in sechs Bundesstaaten, die allein mehr als die Hälfte der für einen Wahlsieg notwendigen 270 Wahlmänner stellen. Die Möglichkeit, die „hispanics“ könnten im Herbst den Ausschlag geben, wird zur errechenbaren Wahrscheinlichkeit, wenn ihre sich verstärkt politisch formierenden Organisationen das angestrebte Ziel erreichen, zu den bisher 3,5 Millionen weitere anderthalb Millionen wahlberechtigter „hispanics“ in die Register zu bringen.

Präsident *Reagan* und seine republikanische Partei, die unter der schwarzen Bevölkerung nur noch eine verschwindend geringe Anhängerschaft haben dürften, bemühen sich seit dem vergangenen Jahr mit gezielten propagandistischen Veranstaltungen um das Votum der „hispanics“, wenn auch mit mehr Verve als Überzeu-

gungskraft. Die aus Gründen des Wahlkalküls aus dem gesellschaftlich-sozialen und kulturellen Hintergrund ins Licht politischen Interesses gerückte hispanische Minderheit gehört wie die Mehrheit der 26 Millionen Schwarzen zu den Benachteiligten und damit zu den Kritikern der Reaganschen Sozialpolitik. Seine auf militärische Lösungen setzende Mittelamerika-Politik stößt bei den „hispanics“, die in der amerikanischen Berufsarmee überproportional vertreten sind, ebenfalls auf wachsenden Widerstand. Mit Ausnahme der Kubaner haben sie bisher ganz überwiegend demokratisch gewählt, was nicht bedeutet, daß die Partei sich in besonderem Maße für die Belange dieser sozial schwachen Bevölkerungsgruppe eingesetzt hätte. Sie wurde vielmehr – von Wahlzeiten abgesehen – von den Politikern wie der amerikanischen Gesellschaft vernachlässigt, allenfalls mit Furcht vor einer anschwellenden Einwanderungsflut beobachtet.

Vorurteile und Fakten

Sorge um die rasch anwachsende lateinamerikanische Minderheit und ihre Lebensbedingungen in der amerikanischen Gesellschaft veranlaßte die *katholische Bischofskonferenz der USA*, Anfang dieses Jahres ein recht ausführliches Dokument über „Die hispanische Präsenz –

Herausforderung und Verpflichtung“ zu veröffentlichen. Es ist – nach längerer Vorbereitung – ein *pastorales Papier* geworden, das sich mit seelsorgerischen Fragen, aber auch mit dem gesamtgesellschaftlichen Umfeld der „hispanics“ befaßt. Der engagiert pro-hispanische Tenor des Dokuments erklärt sich zu einem guten Teil aus dem *Negativ-Image* der „hispanics“ in der amerikanischen Bevölkerung. Die „leyenda negra“ (schwarze Legende), wie sie vor allem Film und Fernsehen in den USA variantenarm und deshalb wirksam fortspinnen, schildert die „hispanics“ als Diebe und Faulenzer, in zahllosen pseudohistorischen Streifen als böse, aggressive Eindringlinge, die schließlich von weißen Amerikanern besiegt werden, allenfalls als gutmütige Schwächlinge, denen ein starker, weißer Amerikaner zu seinem Recht verhilft. Der Durchschnitts-Angloamerikaner hat die „leyenda negra“ in eine mehr oder weniger leise Mißachtung umgesetzt.

Dazu heißt es im Papier der amerikanischen Bischöfe: „Erinnern wir uns, daß die ‚hispanics‘ in unserem Land grausamen Vorurteilen ausgesetzt waren. Das ging so weit, daß ihnen in einigen Gegenden Menschen- und Bürgerrechte verweigert wurden. Auch heute noch leiden sie wie die Schwarzen, die Südostasien-Flüchtlinge und die eingeborene indianische Bevölkerung unter einer menschenunwürdigen Behandlung, die darauf schließen läßt, daß die Sünde des Rassismus in unserer Gesellschaft fort-dauert ... Besonders entmutigend ist die Erfahrung, daß auch Katholiken an festgefühten Vorurteilen gegen die hispanische Minderheit festhalten“ (NC News Service, 11. 1. 84).

An amerikanischen Universitäten und Forschungsinstituten wurden in den siebziger Jahren eine Reihe von Untersuchungen zur Situation der „hispanics“ erstellt. Die Ergebnisse kontrastierten sowohl mit regierungsamtlichen Angaben und Einschätzungen als auch mit den diffusen, aber um so fester vertretenen Auffassungen in weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung. Im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion stehen die *illegalen Einwanderer*, vor allem aus dem angrenzenden Mexiko, deren Zahl nicht auszumachen ist, deren Präsenz aber gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Angst vor einer unkontrollierbaren Einwandererflut schürt. Obwohl auch die statistischen Angaben über die legal im Land befindlichen „hispanics“ (zum Beispiel infolge häufiger Rückwanderung bzw. von Arbeitsplatz- und Wohnortwechsel) nur annähernd genau sind, ergeben sich in etwa folgende Daten über die *Zusammensetzung* der hispanischen Minderheit: von den 15 Millionen legalen Einwanderern aus Lateinamerika und Spanien kamen 60 Prozent aus Mexiko, 17 Prozent sind Puertorikaner, acht Prozent Kubaner, die restlichen 15 Prozent stammen aus der Dominikanischen Republik (allein 200 000 leben in New York) und anderen Ländern Mittel- und Südamerikas.

Ihr Durchschnittsalter liegt mit 23,2 Jahren deutlich unter dem der durchschnittlichen US-Bevölkerung; 85 Prozent leben in städtischen Ballungsgebieten. Ein großer Teil der

„hispanics“ lebt nahe an oder unter der Armutsgrenze (unter der Armutsgrenze: 22,1 Prozent verglichen mit 15 Prozent der nationalen Bevölkerung). Das mittlere Jahreseinkommen nicht-hispanischer amerikanischer Familien liegt um 5000 Dollar höher als das der hispanischen Familien. Während die Arbeitslosenrate im Zuge der sich langsam erholenden amerikanischen Wirtschaft inzwischen unter 10 Prozent liegt, sind mehr als 12 Prozent der „hispanics“ (16 Prozent der Puertorikaner) ohne Arbeit. Nicht nur in wirtschaftlichen Krisenzeiten gehören sie zu den „last hired, first fired“ (den „zuletzt Angeheuertem und zuerst Gefeuertem“). Mehr als die Hälfte aller „hispanics“ sind als *ungelehrte Arbeitskräfte* in der Landwirtschaft oder im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Obwohl sie Steuern und oft auch Sozialabgaben entrichten, ist ihre soziale und arbeitsrechtliche Absicherung sehr gering. Der *niedrige Bildungsstand* hindert die „hispanics“ am sozialen Aufstieg. Die hispanischen Kinder besuchen weit seltener weiterführende Schulen als der amerikanische Durchschnitt; nur 40 Prozent hispanischer höherer Schüler beenden die High School.

Der geschichtliche Hintergrund

Ressentiments vieler amerikanischer Bürger gegen die „hispanics“ in ihrem Land (die ihrerseits – ein Anzeichen beginnender Emanzipation – begonnen haben, die weißen Amerikaner „anglos“ zu nennen) und die Furcht vor neuen illegalen Einwandererströmen bzw. einer hispanischen Bevölkerungsexplosion diesseits und jenseits der mexikanischen Grenze provozieren (und werden geschürt durch) ebenso eindrucksvolle wie haltlose Slogans. Nicht nur im unreflektierten Bewußtsein der Amerikaner, aber vor allem da, stellen die „hispanics“, insbesondere die illegal eingewanderten „undocumented People“, eine Belastung für die USA dar. Die Ursachen ihrer Präsenz, d. h. die *Geschichte ihrer Einwanderung*, an der die Vereinigten Staaten zeitweise so interessiert waren wie die Bundesrepublik zuzeiten an den südeuropäischen Gastarbeitern, spielen weder in der öffentlichen Diskussion noch bei der Meinungsbildung der Bevölkerung eine Rolle. Noch weniger treten offenbar die Fakten der gemeinsamen oder zumindest eng verflochtenen amerikanischen und mexikanischen Geschichte in das amerikanische Bewußtsein. Der historische Aspekt fehlt selbst in dem um eine umfassende und gerechte Beurteilung der Hispano-Problematik bemühten Dokument der amerikanischen Bischöfe. Dabei zeigt ein Blick auf die Geschichte am Beispiel Mexikos, das mit den „chicanos“ die größte, überwiegend im Südwesten lebende Einwanderungsgruppe darstellt, daß die öffentlich beklagte, sogenannte „immigration crisis“ auf demselben machtpolitischen und psychologisch-ideologischen Hintergrund zu sehen ist, der die traditionellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern seit dem letzten Jahrhundert bestimmt.

Die in der amerikanischen Politik wie in der Bevölkerung existierende Abneigung, sich Maßstäbe anlegen und mit anderen Nationen vergleichen zu lassen, könnte ein

Grund dafür sein, daß in der Diskussion um die „hispanics“ der an sich naheliegende historische Aspekt keine Berücksichtigung findet, daß die letzte Einwanderungsgruppe vor den „hispanics“ im Süden und Südwesten der USA „Angloamerikaner“ waren, die auf vormals mexikanischem bzw. spanischem Gebiet siedelten. Die Geschichte der Vorfahren der „chicanos“ ist eng und auf problematische Weise mit den Vereinigten Staaten verbunden: nach dem *amerikanisch-mexikanischen Krieg* fiel 1853 etwa die Hälfte des mexikanischen Staatsgebiets an die USA. Das auch für damalige Zeiten grausame Vorgehen der amerikanischen Truppen (die von Brutalitäten gegen Menschen abgesehen u. a. zahlreiche sakrale Stätten der Mexikaner entweihten), der nachträgliche „Gadsden-Landkauf“ von Süd-Arizona und das unmittelbar nach dem Landverlust entdeckte kalifornische Gold vergrößerte die Verbitterung der Mexikaner über den verlorenen Krieg.

Die *direkte amerikanische Einmischung* in die Wirren mexikanischer Politik begann bereits mit der Unabhängigkeit Mexikos von der spanischen Krone. Hundert Jahre später begannen nach dem Scheitern der Landreform des mexikanischen Präsidenten Cárdenas landlose mexikanische Bauern nach Norden auszuwandern. In den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts machten die Vereinigten Staaten ihr Interesse an industrieller und urbaner Entwicklung und ihr Desinteresse an Landreformen und landwirtschaftlicher Entwicklung Mexikos geltend. Wenige Jahre später propagierten sie die Ideen der Grünen Revolution und exportierten neue Agrartechnologien in das unterentwickelte südliche Nachbarland.

Die „braceros“, landlose mexikanische Bauern, die als billige Saisonkräfte auf nordamerikanischen Feldern arbeiteten, waren bis 1964 willkommen. Mit der Abschaffung des „bracero“-Programms (unter dem Druck amerikanischer Gewerkschaften) verschärfte sich die illegale Einwanderung. Gemeinsam entwickelten die mexikanische und die amerikanische Regierung in den siebziger Jahren das „*Maquiladora*“-Projekt: entlang der Grenze auf mexikanischem Boden richteten US-Firmen Betriebe ein, in denen Mexikaner Arbeit fanden (zeitweise waren dort 200 000 Mexikaner beschäftigt). Das inzwischen zugunsten Südostasiens rückläufige Rückimportgeschäft nutzte noch beiden Seiten, wenn auch mit unterschiedlichem Gewinn.

Gewachsenes Selbstbewußtsein

Die immer nachdrücklicher vertretene Forderung der Chicano-Organisationen nach größerer politischer Beteiligung beruht sicher auf einer, wenn auch begrenzten, erfolgreichen Eingliederung in die amerikanische Gesellschaft, vor allem in das Arbeitsleben, aber auch auf dem gewachsenen Selbstbewußtsein ihres Ursprungslandes. In Städten und Regionen, in denen die „hispanics“ stark vertreten sind, stellen sie gelegentlich sogar die Bürgermeister, wie in San Antonio/Texas (54 Prozent „hispanics“),

wo *Henry Cisneros* bei seiner Wiederwahl im vergangenen Jahr 94 Prozent der Stimmen erhielt. Der Gouverneur von Neu-Mexico, *Toney Anaya*, ist Initiator der „Hispanischen Kraft 1984“, die die wahlmüden hispanischen Wähler mobilisieren will. Anaya strebt wie andere Führer hispanischer Vereinigungen eine Zusammenarbeit mit den Schwarzen an. Sein Slogan: „Die Hände, die Baumwolle pflückten, und die Hände, die den Salat ernteten, können auch den Präsidenten wählen.“ *Mario Obledo*, Präsident der „Liga lateinamerikanischer Bürger“, geht noch weiter: „Gemeinsam (mit den Schwarzen) können wir das politische Gesicht der USA verändern, und das werden wir auch ... Unsere (hispanische) Bevölkerung wird im Jahre 2000 die 50-Millionen-Grenze erreicht haben ...“ (U. S. News & World Report, 22. 8. 83).

Als bedrohliches Massenphänomen gelten die „hispanics“ heute schon vielen Amerikanern. Obwohl die *Zahl illegaler Einwanderer* nach übereinstimmenden Schätzungen seriöser Wissenschaftler und Institute mit insgesamt höchstens vier bis fünf Millionen angegeben wird – die katholischen Bischöfe zitieren mit nur 1,9 Millionen eine Schätzung von 1978 –, liegen die von den Medien verbreiteten Zahlen meist weit höher. Der für illegale Zuwanderung zuständige „Immigration and Naturalization Service (INS)“ manipuliert die jährlichen Angaben über die Zahl der „illegals“ nach oben, indem er jeden registrierten Versuch, die amerikanische Grenze von Süden her zu überschreiten, als eine Person zählt, obwohl bekannt ist, daß illegale Grenzgänger ‚es immer wieder versuchen‘. Die Zahl der an der Grenze aufgegriffenen, vorübergehend inhaftierten und zurückgeschickten „hispanics“ wird vom INS mit einem wechselnden Faktor multipliziert und die sich ergebende Zahl als illegale Einwandererquote ausgegeben. Im Haushaltsjahr 1983 (Oktober 82 bis Oktober 83) sind danach 1 005 375 Personen an der Südgrenze festgenommen worden, dies seien 40 Prozent mehr als im vorhergehenden Jahr. Nach Schätzung von INS-Experten faßten die Grenzpatrouillen weniger als die Hälfte der illegal Einwandernden. Dies würde bedeuten, daß 1983 allein mindestens zwei Millionen „hispanics“ die Grenze zu den USA schwarz passiert hätten.

Völlig unhaltbare Angaben, die sogar von INS-Mitarbeitern als willkürlich bezeichnet wurden, machte der langjährige Leiter des INS, General *Leonard Chapman*. Die angeblich sprunghaft ansteigende Zahl von Illegalen sollte offenbar eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für das INS nach sich ziehen. Entgegen regierungsamtlichen Feststellungen und soziologischen Erhebungen ist unter der amerikanischen Bevölkerung die Meinung verbreitet, die illegalen „hispanics“ belasteten den Steuerzahler erheblich, da sie selbst weder Steuer zahlten noch soziale Vorsorge trafen (vgl. *Paul R. Ehrlich*, *The Golden Door*, New York 1979, S. 190 ff.).

Zwischen Tradition und Assimilation

Die amerikanischen Bischöfe unterscheiden in ihrem Papier nicht zwischen legalen und illegalen lateinamerikani-

schen Einwanderern. Über eine knappe Beschreibung ihrer sozialen Lage hinaus stellen sie die (gefährdeten) *kulturellen und religiösen Werte* der hispanischen Minderheit in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Die „hispanics“ sollten von Kirche und Gesellschaft nicht als Problem, sondern als Chance gewertet werden; für die Kirche der USA seien sie „ein Segen“. „Hinter den trockenen, oftmals entmutigenden Daten stehen Menschen. Aus ihren Gesichtern trifft uns ein unverwandt ruhiger Blick, tiefe Hoffnung und vibrierende Freude; in vielen erkennen wir ein wahrhaft prophetisches Verständnis der Armut“, schreiben die Bischöfe. Zu den typisch hispanischen Eigenschaften, „die eine zentrale Bedeutung für das Leben der Kirche und der Gesellschaft haben“, zählen die Bischöfe die Achtung vor der Würde des einzelnen Menschen, eine „geradezu ehrfurchtsvolle“ Liebe zur Familie, „in der sie ihre Wurzeln, ihre Identität und ihre Kraft finden“; einen „großartigen Gemeinschaftssinn“ und die Fähigkeit, das Leben als ‚Fest‘ zu feiern; die hohe Wertschätzung des Lebens als Gottesgeschenk und ein „Verständnis von Zeit, das es erlaubt, dieses Geschenk auszukosten“; eine „echte und gehaltvolle Liebe zur Muttergottes“.

Bei aller Sympathie für die hispanische Minderheit, die aus dem Text der Bischöfe spricht, enthält er nüchterne und realistische Einschätzungen und pastorale Ansätze, die auf das lateinamerikanische Konzept einer Gesamtpastoral („pastoral de conjunto“) zurückgehen. Großen Wert legen die amerikanischen Bischöfe auf die Berücksichtigung und Bewahrung *religiöser und kultureller Traditionen*; sie kritisieren den amerikanischen „Assimilierungsdruck“ und bedauern die bereits teilweise erfolgte Anpassung an den amerikanischen Lebensstil. Es stehe zu befürchten, daß sich diese Assimilierung negativ auf das religiöse Leben auswirke, wenn etwa die Einheit oder doch Nähe von Frömmigkeit und Alltagsleben, wie sie in Lateinamerika traditionell praktiziert werde, verlorengehe. Klage führen die Bischöfe über den aggressiven Proselytismus fundamentalistischer Sekten unter der hispanischen Bevölkerung.

Aus einer vorbereitenden Umfrage unter den amerikanischen Bischöfen für die Erklärung über die „hispanics“ geht klar hervor, daß die hispanischen Katholiken *keine Getto-Kirche* wollen, sondern einen Ort in der amerikanischen Kirche anstreben, der ihnen die Teilnahme am Leben der Ortskirche gewährt und ihnen das religiös-kulturelle Überleben ermöglicht. Obwohl in vielen amerikanischen Diözesen, in denen Gruppen hispanischer Einwanderer leben, personelle und institutionelle Strukturen für die hispanische Seelsorge geschaffen wurden, hapert es nach Aussagen der Bischöfe in vielen Gemeinden der amerikanischen Mittelklasse-Kirche an dem, was die „hispanics“ an die erste Stelle ihrer Wünsche an die Kirche setzen, „sich dort heimisch oder zumindest willkommen“ zu fühlen.

Der *Mangel an Priestern* und Priesternachwuchs unter den hispanischen Katholiken ist groß. Als einzige Einwande-

rergruppe kamen sie ohne eigenen Klerus in die Vereinigten Staaten. Die meisten „hispanics“ brachten das Bild einer volksfernen, der Oberschicht verpflichteten Amtskirche aus Lateinamerika mit. Nur die jüngste Einwanderergeneration hat etwas vom Aufbruch der lateinamerikanischen Kirche nach der Konferenz von Medellín 1968 miterlebt. Sie zeigen eine große Bereitschaft, die Katechese-Programme mitzutragen, und bilden Basisgemeinschaften nach dem Vorbild der „comunidades eclesiales de base“ in Lateinamerika. 17 hispanische Bischöfe, 1500 Priester sowie etwa 3000 spanisch sprechende Priester zählt die katholische Kirche der USA. Im akademischen Jahr 1979/80 betrug die Zahl der hispanischen Seminaristen in amerikanischen Priesterseminaren 190.

Eine 1983 abgeschlossene Studie der Erzdiözese New York, in der 850 000 „hispanics“, das sind 35 Prozent der Katholiken des Erzbistums, leben, enthält aufschlußreiche *Daten über die religiöse Praxis* der vorwiegend aus Puerto Rico und der Dominikanischen Republik stammenden New Yorker hispanischen Bevölkerung. Wie fast überall in Lateinamerika ist der regelmäßige Gottesdienstbesuch (bei 30 Prozent) kein Kriterium für das kirchliche und religiöse Empfinden oder Engagement. Etwa 40 bis 50 Prozent der hispanischen Katholiken der ersten Generation behalten die Frömmigkeitsformen der traditionellen Volksreligiosität bei, sprechen ein Tischgebet, beten den Rosenkranz etc. In der *zweiten Einwanderergeneration* liegen die Zahlen deutlich niedriger. 60 Prozent der befragten hispanischen Katholiken aus der Erzdiözese New York konnten keines der sieben Sakramente nennen, genauso viele hatten noch nie etwas vom Zweiten Vatikanischen Konzil gehört.

Die New Yorker Studie belegt die Befürchtung der amerikanischen Bischöfe, daß sich die Assimilierung deutlich negativ auf die religiöse Überzeugung und Praxis der hispanischen Minderheit auswirkt. Diesem Trend Rechnung tragend, unterstreicht ein Hintergrundbericht des New Yorker diözesanen Pastoralinstituts über „Wandel oder Bewahrung der hispanischen Kultur“ die Bedeutung der ‚hispanischen Identität‘ als Kräfteereservoir für die Anforderungen des „American Life“. Die mühsam errungene und nach wie vor umkämpfte *zweisprachige Erziehung* der hispanischen Kinder wird von der Kirche als wichtiger Schritt in diese Richtung gewertet. Ob der Assimilierung damit Einhalt geboten werden kann, muß bezweifelt werden.

Wie geht es weiter?

Was die 17 hispanischen Bischöfe in einer leidenschaftlich hoffnungsvollen Botschaft zum 450. Jahrestag der Erscheinung der Mutter Gottes von Guadalupe emphatisch die „Geburt eines neuen (hispanischen) Volkes“ (Ecclesia, 15. 1. 83) nach langen Jahren der Geringschätzung und der Mißachtung nennen, ist für alle Betroffenen mit schwierigen und schmerzlichen Entwicklungen verbunden. Daß die Bischöfe in ihrem Dokument die *politische*

Behandlung der Einwandererproblematik nur stichwortartig erwähnen, zeigt, wie heikel das Thema ist. Die emotionale Diskussion über eine bedrohliche Einwanderungsschwemme trifft allenfalls ein mögliches Zukunftsproblem. Richtig ist, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik der meisten lateinamerikanischen Staaten noch lange nicht in der Lage sein wird, Vollbeschäftigung zu gewährleisten, sofern dies überhaupt Priorität hat. Ob in der Zukunft also Massenwanderbewegungen nach Norden, wie sie in geradezu apokalyptischen Bildern und in propagandistischer Absicht gezeichnet werden, entstehen, die Vereinigten Staaten von Lateinamerikanern, die dort überleben wollen, quasi überrollt werden?

Sicher werden die USA ihre Methode, illegale Grenzgänger aufzugreifen und zurückzuschicken, fortsetzen und verschärft anwenden. Zudem ist eine *Sättigung des amerikanischen Arbeitsmarktes* erreicht, was die Einwanderung in die USA nicht attraktiver macht. Im eigenen Interesse

und dem der unterentwickelten lateinamerikanischen Länder böte sich eine Zusammenarbeit mit dem Ziel arbeitskräfteintensiver Wirtschaftsprogramme in den Ländern an, die andernfalls die Auswanderung ihrer arbeitssuchenden Bevölkerung nicht verhindern können. Dazu ist die Einsicht lateinamerikanischer Politiker erforderlich, daß Entwicklung und Fortschritt nicht gleichzusetzen sind mit der Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens, aber auch die Bereitschaft der USA zu Ansätzen partnerschaftlichen politischen Denkens und Handelns. Manches mittelamerikanische Land ist ein beredtes Beispiel dafür, wie sich über lange Zeit Entwicklung und Fortschritt allenfalls als Nebenprodukt amerikanischer Profitpolitik einstellen. Daß diese Zeiten vorüber sind, hat Mexiko als erstes lateinamerikanisches Land in den vergangenen Jahren zu demonstrieren versucht. Seine politisch wache Chicano-Minderheit in den USA wird dazu die Wahlen im Herbst nutzen. *Gabriele Burchardt*

Organe des Staates zur Kontrolle der Kirchen

Die Religionsaufsichtsbehörden in kommunistischen Staaten

Über die Arbeit der Kirchensekretariate in kommunistischen Ländern ist in den Demokratien des Westens wenig bekannt. Ein vergleichender Überblick zeigt, daß es trotz der einheitlichen Stoßrichtung gegen die Religionsgemeinschaften beträchtliche Unterschiede rechtlicher Art gibt. Wir haben Otto Luchterhandt vom Institut für Ostrecht an der Universität Köln gebeten, dies für unsere Leser einmal aufzuschlüsseln.

In jedem Staat, gleich welchen Systems, der Religionen nicht überhaupt verboten hat (wie bislang nur Albanien), besteht die Notwendigkeit, die unvermeidlich entstehenden Verbindungen zu den Religionsgemeinschaften und die beide Seiten betreffenden Probleme zu regeln. Es liegt auf der Hand, daß solche Regelungen erhebliche Unterschiede aufweisen müssen, je nach dem, ob es sich um einen Verfassungsstaat handelt, der sich zum Prinzip der weltanschaulichen „Neutralität“ (*Schlaich*) oder der „Nichtidentifikation“ (*Herbert Krüger*) bekennt und die Religionsgemeinschaften den allgemeinen, für alle gleichen Gesetzen unterwirft, oder ob es sich um einen totalitären Weltanschauungsstaat kommunistischer Ausrichtung handelt, dessen herrschende Ideologie und politische Ordnung allen Religionen mit Mißtrauen oder gar Haß begegnet. Auch kann nicht zweifelhaft sein, daß die politischen Systemunterschiede besonders in den institutionellen Formen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche zum Ausdruck kommen. Während der freiheitliche Rechtsstaat besonderer Aufsichtsbehörden über die Religionsgemeinschaften nicht bedarf, kommt ihnen im totalitären Weltanschauungsstaat in der Regel eine *erhebliche Bedeutung* zu. Das zeigt ein Überblick über die

Staatskirchenbehörden im sowjetischen Hegemonialbereich.

Angesichts der neueren kirchenpolitischen Entwicklungen vor allem in der ČSSR, Polen und der DDR ist inzwischen auch einer breiteren Öffentlichkeit bewußt geworden, wie unterschiedlich die Lage der Religionsgemeinschaften in den sozialistischen Staaten sein kann und ist. Die Vermutung liegt nahe, daß sich diese Verschiedenheit besonders in den institutionellen Beziehungen zwischen Staat und Kirche widerspiegelt, und dies ist in der Tat der Fall, wenn sich das auch weniger an den Rechtsnormen ablesen läßt als an der Wirklichkeit.

Zwei Ansätze kommunistischer Religionspolitik

Man kann die Unterschiede nur verstehen, wenn man sich der maßgeblichen Faktoren erinnert, welche das Verhältnis von Staat und Kirche in den sozialistischen Staaten bestimmen. Sie lassen sich zwei verschiedenen Ansätzen der staatlichen Religionspolitik zuordnen, die in der Praxis allerdings aufs engste miteinander verbunden sind.

Der *erste Ansatz* ist totalitär-ideologischer Natur. Seine Wurzel bildet die in allen sozialistischen Staaten zum Tragen kommende prinzipielle *Religionsfeindlichkeit* der kommunistischen Ideologie. Diese versteht sich als Wissenschaft („wissenschaftlicher Kommunismus“) und hält jede Art von Religion für eine verzerrte Widerspiegelung der Wirklichkeit, welche den Menschen letztlich hindere, sein Heil ganz im Diesseits zu suchen, nämlich die wahrhaft humane Gesellschaftsordnung anzustreben. In dem